

Die Reorganisation der Parteileitung.

ap. Fragen der Parteiverfassung und der inneren Organisationsform sind keine Fragen, von deren Lösung das Schicksal einer Bewegung direkt abhängt. Nicht diese, sondern der Geist, der in der Partei lebt, bestimmt ihre Zukunft; nicht die äußere Form, sondern das Prinzip, das innere Wesen, sichert ihren Sieg. Wo etwas an diesem Geist, an der Einsicht, an dem Prinzip fehlt, da wäre es vergebens, durch noch so fein ausgeklügelte Organisationsformen dem Mangel abhelfen zu wollen. Das soll aber nicht besagen, daß die Statutenfragen nicht äußerst wichtig sind. Von der inneren Verfassung, der Organisationsform hängt es ab, in welcher Weise sich Geist und Prinzip in Aktion umsetzen.

Daher entspricht die Parteiverfassung dem Wesen einer Partei. Bürgerliche Parteien dienen dazu, die Herrschaft des Kapitals, des Geldes, zu sichern und dafür durch Vertuschung der Wirklichkeit Wähler zu gewinnen — dementsprechend dient ihre Organisation auch dazu, in Wirklichkeit die Partei in den Dienst des Kapitals zu stellen, aber diese Tatsache durch Scheinformen zu maskieren. Um so sonderbarer ist es, wenn in den „Bemerkungen“, die dem Statutenentwurf beigegeben sind, auf die bürgerlichen Parteien, als Vorbild für uns, hingewiesen wird. Demgegenüber erhebt die Sozialdemokratie die Herrschaft, oder, was dasselbe ist, die Selbstbestimmung der Massen zu ihrem Grundprinzip. Denn der Sozialismus ist nicht eine neue Wirtschaftsordnung, die, in irgend einer Weise zustande gebracht, als ihre Konsequenz den Massen Freiheit bringt. Der Sozialismus ist in erster Linie die Selbstbefreiung der Masse, die die Herrschaft der ausbeutenden Klasse und damit von selbst auch die Ausbeutung beseitigt. Jede Befreiung von „oben“ ist daher ausgeschlossen; das gilt nicht nur für das Ganze, sondern auch für jede Einzelaktion. Eine noch so kluge politische Taktik, die unverstanden über die Köpfe der Massen hinweggeht, ist wertlos; nur was sie versteht, was ihrem Willen, ihrer Einsicht Ausdruck verleiht, hat Wert, weil es dann ihre eigene Aktion ist, die allein ein Stück praktischer Kampferfahrung für sie sein kann. Daher muß der Wille der Masse über die Aktion der Partei gebieten, auch wo sie vielleicht nicht den besten Weg wählt; in dem langwierigen Prozeß der Selbstentwicklung, den der

Klassenkampf bildet, kann ihr keine Erfahrung, keine Enttäuschung, die dazu nötig ist, geschenkt werden.

Wie aber kann diese Herrschaft der Massen über die Parteiaktion verwirklicht werden? Die „Masse“ ist nicht einfach so beisammen, daß sie nur zu befragen ist. Kleine Gruppen und Einzelpersonen, die „Führer“, müssen meist selbständig in ihrem Namen handeln. Sie sind keine Personen, die mechanisch ausführen, was von oben — oder hier von „unten“ — befohlen wird; sie dürfen auch nicht einmal ängstlich fragen: was würde die Masse in diesem Falle wünschen? Sondern sie müssen nach eigener Ueberzeugung handeln, weil nur dadurch Kraft und Energie im Handeln möglich sind. Dieser scheinbare Widerspruch ist in der Praxis der Sozialdemokratie bisher von selbst dadurch gelöst worden, daß die Führer mit den Massen in ständiger Berührung stehen, wodurch sie in Rede und Kampf immerfort geistig aufeinander einwirken. Daneben kommt dann die unmittelbare Beeinflussung der Parteitätigkeit durch die Mitglieder, in der Gestalt von Beschlüssen und Kritiken ihrer Vertreter auf den Parteitagen. Hier liegt die Bedeutung des Organisationsstatuts der Partei und zugleich der Maßstab, nach dem es zu beurteilen ist: es soll bewirken, daß der Wille der Massen sich in der Praxis der Partei und ihrer Leitung möglichst klar, ungeändert und ohne hemmende Reibungen durchsetzen kann.

Diese Aufgabe ist erst durch die moderne Entwicklung, die die Führerschaft der Arbeiterbewegung immer mehr bureaukratisiert hat, zu einem schwierigen Problem geworden. Je gewaltiger die Organisationskörper wuchsen, um so weiter entfernte sich die Spitze von der Grundlage; je mehr die Arbeiten vielgestaltiger und damit verschiedener wurden und ein Einarbeiten in Spezialgebiete erforderten, um so schwieriger wurde es für die Vorstände, mit den Massen in stetiger Fühlung zu bleiben. Statt wie vorher als vereinzelt Personen ihre Anschauungswelt aus den Massen zu schöpfen, deren Kampf sie vertraten, sind sie als Beamte zu mehr oder weniger geschlossenen Gruppen geworden, deren besondere leitende Stellung notwendig ihre Lebensanschauungen beeinflusst. Hier kann oft das Problem entstehen, den Willen der Massen auch gegen die Leitung durchzusetzen. Die Lösung dieser Probleme, die als Ziel und Triebkraft hinter den modernen Verfassungsfragen in der Arbeiterbewegung steht, ist für ihre Zukunft von der größten Wichtigkeit. Denn nur, wenn der Wille der Massen die Aktionen der Partei bestimmt, ist darauf zu rechnen, daß alle Anordnungen der Vorstände in jedem Augenblick mit Begeisterung und Hingabe befolgt werden. Dann erst kann das gegenseitige Vertrauen herrschen, das für die Schlagfertigkeit der Par-

tei absolut notwendig ist, das aber nur aus praktischer Erfahrung erwachsen kann.

Es ist aber klar, daß diese Aufgabe nicht lückenlos durch eine Aenderung des Statuts zu lösen ist. Der unmittelbare Anlaß zu der vorliegenden Revision war bekanntlich das „Versagen“ des Parteivorstandes, seine „mangelnde Schlagfertigkeit“ in der Marokkoaffäre, die mit Ueberlastung durch Arbeiten entschuldigt wurde. Aber die Frage, ob die Kriegsgefahr durch die Pantherfahrt nach Agadir oder durch die Rede des englischen Ministers brennend geworden war, war eine Frage der politischen Ansicht und Einsicht, nicht eine der Kompetenz, der Organisation, oder der freien Zeit zum Zeitungslesen. Für solche Fälle kann nur das theoretisch-politische Studium mit anschließender Diskussion, nicht aber eine neue Instanz, wie ein Parteiauschuß, helfen. Sollte dieser Fall Anlaß zu einer Statutenänderung geben, so könnte es nur eine Aenderung sein, die die wichtigen politischen Entscheidungen in die Hände von Personen legt, die die Fähigkeit und die Zeit haben, den allgemeinen Aufmerksamkeit zuzuwenden, und auch den theoretischen Fortschritt der Bewegung regelmäßig zu verfolgen. Das würde also auf eine Trennung hinauskommen zwischen dem eigentlichen Parteivorstand, aus einer sehr kleinen Zahl der besten politischen Köpfe der Partei bestehend, die alle wichtigen Entscheidungen treffen und dafür verantwortlich sind, und den besoldeten Sekretären, die die steigende Masse der vielen wichtigen Organisations- und Verwaltungsarbeiten, vielleicht in Ressorts getrennt, bewältigen.

Der Vorschlag eines Parteiaussschusses hat daher mit diesem Streitfall über die Marokkoaktion eigentlich nichts zu tun, sondern findet nur in der allgemeinen Entwicklung der Verhältnisse eine Begründung. Als wir vor gut einem Jahre in einem Artikel „Das Vertretungssystem in der Arbeiterbewegung“ auf die Bedeutung solcher Vertretungskörperschaften, wie sie in den Gewerkschaften auftauchen, für die Partei hinwiesen, — eine Idee, die nachher von Kautsky in der „Neuen Zeit“ wieder aufgenommen wurde — da wurde das mit der neuen Kampfmethode der Massenaktionen begründet; für die bisherigen Aufgaben der Partei reiche der Apparat von Parteivorstand, Fraktion und Parteitag vollkommen aus. Der Versuch der Statutenkommission, einer solchen Körperschaft unter dem Namen „Parteiausschuß“ einen Anteil an der Erledigung dieser Aufgaben der Partei zu geben, hat auch mit Recht von allen Seiten die lebhaftesten Bedenken geweckt. Er kann nur zu Kompetenzstreitigkeiten, Kompetenzabwägungen und Verzögerung der Aktion führen.

Die Notwendigkeit eines „Parteiausschusses“ liegt in der wachsenden Bedeu-

tung der Massenaktionen. Um Massenaktionen durchführen zu können, muß die beschließende Leitung aufs Genaueste über die Stimmung der Massen unterrichtet sein. Aber noch mehr ist es nötig, daß sie in bewegten Zeiten unter dem Einflusse der Kampfstimmung der Massen kommt. Handelt es sich um folgenschwere Aktionen, die scharfe Abwehrmaßnahmen seitens der besitzenden Klasse und daher große Gefahren mit sich bringen, so wird ein Parteivorstand nur allzu oft vor der Verantwortung zurückschrecken. Er fühlt sich nicht wie ein Generalstab, der einfach seine Truppen daran setzt. Solche Aktionen kommen nur zustande, wenn die Massen ihre Führer vorwärts drängen. Diesem Drängen eine organisatorische Bahn zu öffnen, damit Masse und Leitung stets in engster Fühlung bleiben, dazu soll ein Parteiauschuß dienen; allerdings wird es nicht leicht sein, ihn so zusammenzusetzen, daß dieses Ziel stets gesichert ist. Aber damit ergibt sich zugleich, daß er keine beschließende Instanz sein kann, die dem Parteivorstand und der Kontrollkommission einen Teil ihrer Verantwortung abnehmen soll, sondern nur eine informierende und beratende Konferenz, die zu festen und zu unregelmäßigen Zeiten mit der Parteileitung zusammenkommt.

Also keine Zersplitterung der Leitung über eine Unmenge von Instanzen und Personen, die ihre „Schlagfertigkeit“ nur schädigen kann; sondern Sicherung dieser Schlagfertigkeit, zusammen mit weitblickender politischer Führertüchtigkeit durch Trennung des bürokratischen Elements — das daneben seine unentbehrliche Funktion ausfüllt — von der eigentlichen politischen Leitung, und stetige Fühlung dieser Leitung mit den Massen durch beratende Körperschaften, die nach Art des Parteiaususses aus allen Landesteilen zusammenkommen — in dieser Richtung würde die Lösung der in Jena gestellten Aufgabe liegen. Aber immer muß daneben betont werden, daß es mehr noch als auf das Organisationsstatut auf den Geist der Massen ankommt. Nur wenn sie sich aktiv in dem Parteileben geltend machen, ohne sich dabei durch Schlagworte, durch Traditionen oder durch Autoritäten beeinflussen zu lassen, kann verwirklicht werden, daß der Wille der Masse die Praxis der Partei bestimmt. —